Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubert, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 15 | **Mittwoch, den 19. Januar 1921** | **49. Jahrgang**

Verzicht Deutschlands auf die Feststellung seiner Gesamtverpflichtungen.

(TU) Die von französischer Seite ausgehenden, aber auch von England unterstützten Bemühungen gehen darauf aus, die deutsche Regierung für die Annahme eines Vorschlages zu gewinnen, der in der Wiedergutmachungsfrage die Schaffung eines fünfjährigen Provisoriums vorsieht. Deutschland soll darauf verzichten, daß die Gesamtsumme der Entschädigung so, wie es im Versailler Vertrag bestimmt ist, bis zum 31. Mai 1921 festgesetzt wird und in eine vorläufige Festsetzung von Entschädigungsraten für 5 Jahre einwilligt. Wenn die „Times" sagen, daß der Entschädigungsplan, der jetzt in Berlin vorliegt, sowohl Frankreichs wie Englands Zustimmung habe, so trifft dies zu. Die englische Regierung, die bisher mit so außerordentlicher Entschiedenheit auf der sofortigen Festsetzung der Gesamtsumme bestand, hat sich in dieser Frage wieder einmal den französischen Wünschen angepaßt. — Wie die „Voss. Ztg." hört, wird neben Staatssekretär Bergmann auch der Direktor der Krupp-A.-G., Geheimrat Wiedfeld, als Unterhändler der deutschen Regierung nach Paris fahren.

Die deutsche Regierung hat, wie das Blatt weiter erfährt, vor einigen Tagen der französischen Botschaft die Erklärung zugehen lassen, daß sie bereit sei, das Projekt des Unterstaatssekretärs Seydoux als Verhandlungsbasis anzunehmen. Damit hat Deutschland auf seinen Standpunkt verzichtet, daß die Vorbedingung für die Verhandlungen die Feststellung der Gesamtverpflichtungen Deutschlands sein müsse. Die deutsche Regierung wäre mithin damit einverstanden, daß zunächst einmal für 5 Jahre ein bestimmter Betrag vereinbart wird, der durch Warenlieferungen und sonstige Lieferungen, nicht aber durch Geld abzuführen wäre.

Die Reichsgründungsfeier.

(TU) Von Fahnen, zur Erinnerung an den bedeutenden Tag, war in Berlin wenig zu sehen. Die Friedrich-Wilhelm-Universität beging die Erinnerungsfeier unter starkem Andrang der Studentenschaft. Direktor Professor Dr. Seidel sagte in kurzer, eindrucksvoller Rede, daß die Liebe zum Vaterland am besten dadurch zum Ausdruck gebracht werde, daß man an der Zukunft des Reiches nicht verzweifle. Er ermahnte die Studentenschaft zu neuem Mut und neuem Ausharren im Wiederaufbau des niedergebrochenen Reiches. Deutschland müsse wieder eintreten in die Reihe der führenden Staaten. In der Handelshochschule hielt Prof. Wegener die Festrede. Der Präsident der Handelskammer, Franz v. Mendelssohn, übergab die Ehrentafel für die im Weltkriege gefallenen Handelshochschüler.

An der Reichsgründungsfeier der Deutschnationalen Volkspartei in Hannover, nahm auch Generalfeldmarschall v. Hindenburg teil, dem auf der Rückfahrt nach seinem Hause eine ungeheure Menschenmenge zujubelte. Der Andrang war so gewaltig, daß Mannschaften der Schutzpolizei dem Automobil des Feldmarschalls einen Weg bahnen mußten. Abends brachte die Jugend Hannovers zu Ehren des Tages dem Feldmarschall einen Fackelzug dar.

Bei der Feier der Universität Bonn zum Gedächtnis der Wiederkehr des fünfzigsten Jahrestages der Reichsgründung verurteilte der Historiker Geheimrat Schulte in seiner Festrede scharf die Bestrebungen, die auf Gründung einer rheinischen Republik hinauslaufen, weil dadurch die seit der Revolution vorhandene Möglichkeit, einen deutschen Einheitsstaat zu schaffen, vernichtet würde. Die Studentenschaft veranstaltete auf dem Drachenfels einen Fackelzug, der ihr von der Besatzungsbehörde im besetzten Gebiet verboten worden war.

(W) Der badische Landtag hielt aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums der Reichsgründung eine feierliche Sitzung ab. Der Präsident führte in seiner Festrede u. a. aus, das deutsche Volk sei fest entschlossen, die Einigkeit des Reiches zu wahren, und wenn nötig, dafür sein Herzblut einzusetzen. Das deutsche Volk müsse sich wieder empor arbeiten und zur Lösung aller großen Kulturaufgaben der Menschheit beitragen. Sei erst der moralische Aufstieg gelungen, werde auch der politische und wirtschaftliche nicht ausbleiben. Die Hoffnung könne Deutschland aber nur dann verwirklichen, wenn schwere innere Erschütterungen vermieden werden, und jeder ehrlich sich auf den Boden der Tatsachen stelle. Laut und deutlich müsse ausgesprochen werden, daß auch der badische Landtag einmütig und entschieden sich zum Reichsgedanken bekenne. Jeder Versuch zur Untergrabung der deutschen Einheit, woher er auch kommen möge, würde entschieden zurückgewiesen werden. Er wolle seine ganze Kraft für das Vaterland einsetzen.

Die Ministerkonferenz am 24. Januar.

In London wurde gestern abend offiziös bekannt gemacht, daß die Zusammenkunft der alliierten Minister am 24. ds. Mts. stattfinden wird und daß Lloyd George und Lord Curzon England vertreten werden. Man erwartet, daß die Zusammenkunft drei bis vier Tage dauern werde. Es ist möglich, daß der englische Botschafter W. Geddes, welcher sich bekanntlich auf der Reise nach Europa befindet, nach Paris gehen wird während der Sitzungen des Obersten Rates.

Nach einer Meldung des Intransigeant werden an den bevorstehenden Verhandlungen des Obersten Rates Briand, Doumergue und Barthou teilnehmen.

Die Dauer der Ministerkonferenz in Paris wird auf etwa 10 Tage berechnet, doch gilt es als wenig wahrscheinlich, daß Lloyd George so lange in Paris bleiben kann. Die verbündeten Minister werden während der Konferenz Gäste der französischen Regierung sein. Belgien wird außer dem Finanzminister Theunis durch den Delegierten auf der Friedenskonferenz, van de Vyvere, vertreten sein.

Ein deutscher Einspruch gegen die polnische Abstimmungssabotage.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Nach dem Friedensvertrag ist die polnische und die deutsche Regierung gehalten, allen Abstimmungsberechtigten die Ausübung des Wahlrechtes zu gewährleisten. Nach hier vorliegenden einwandfreien Nachrichten bereitet die polnische Regierung bereits den jetzt in den abgetretenen Gebieten wohnenden Oberschlesiern, soweit sie in Verdacht stehen, deutsch stimmen zu wollen, Schwierigkeiten bei der Beschaffung der Legitimationspapiere. Die polnische Regierung ist anscheinend gewillt, die Ausreise aller Stimmberechtigten zu verhindern, deren Stimmenziel nicht ganz sicher ist. Dieses Vorgehen steht im Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages. Ebenso wie die deutsche Regierung den Oberschlesiern im Reiche ihr Abstimmungsrecht innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen gewährleistet, muß verlangt werden, daß auch den Oberschlesiern in Polen dieses Recht gesichert bleibt.

Die deutsche Regierung sah sich deshalb veranlaßt, deshalb bei der polnischen Regierung Vorstellungen zu erheben, und die Botschafterkonferenz auf diesen Zustand hinzuweisen.

Polnische Truppenansammlungen.

Wie die „Schlesische Volkszeitung" aus Oberschlesien meldet, wird aus allen Grenzgebieten die Zusammenziehung größerer polnischer Truppenkörper angesagt. Bei Myslowitz und Sosnowice sind in der Nacht zum Sonntag mehrere Regimenter polnischer Infanterie aufmarschiert. Der Grenzbevölkerung hat sich infolgedessen große Aufregung bemächtigt. Auch an der ostpreußischen Grenze zeigten sich größere Truppenansammlungen. Südlich von Johannisburg sind mindestens 2 Divisionen versammelt.

Ein ostpreußischer Protest gegen die Festungsschleifung.

Den Mitgliedern des Reichskabinetts wurde ein von der deutschdemokratischen Partei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Zentrumspartei unterzeichnetes Schreiben übermittelt, in dem gegen die von der Entente verlangte Entwaffnung der Festungen Königsberg i. Pr., Pillau und Lötzen protestiert wird, da hierdurch die Provinz Ostpreußen jedem feindlichen Angriff wehrlos preisgegeben würde. Die gesamte Bevölkerung Ostpreußens ohne Unterschied der Partei sehe durch solch eine Entwaffnung die letzte Möglichkeit einer Verteidigung der Heimat schwinden. Heute, wo die Gefahr von außen immer drohender werde, müsse die Reichsregierung nachdrücklichst dafür eintreten, daß die Festungen nicht entwaffnet werden.

Eine Alarmmeldung aus Ostpreußen.

(W) Aus Ostpreußen wird von verschiedenen Seiten berichtet, daß viele Anzeichen darauf hindeuten, daß in der durch den Anschluß an Moskau gestärkten kommunistischen Partei jetzt neue Bestrebungen im gange seien, die alten Kampforganisationen wieder aufzunehmen. Anfang August, als das Sowjetheer sich anschickte, im polnischen Korridor einzudringen, wurden Vorbereitungen zu einer Aktion in Ostpreußen von den Radikalen getroffen. In Königsberg wurde eine rote Armee aufgestellt, die Versammlungen einberaumte, die zum Teil durch die Sipo vereitelt wurden, zum Teil aber stattfanden und zu denen die Mannschaften teilweise bewaffnet erschienen. Die Redner bereiteten auf den nahe bevorstehenden Kampf vor und teilten u. a. mit, daß jenseits der Grenze eine Truppe von Deutschen, die in der bolschewistischen Armee dienen, zusammengestellt sei, die in Ostpreußen einmarschieren werde, sobald die einheimischen Kommunisten losschlagen würden.

Der Kampf gegen die Bolschewisten.

Nach einer Meldung aus Teheran wird aus Tiflis gemeldet, daß in ganz Rußland eine große antibolschewistische Propaganda stattfindet. Die Behörden sind gezwungen, die Kirchen wieder öffnen zu lassen. Gottesdienste finden neuerlich statt.

Die Pariser „Ruß. Union" meldet aus Helsingfors, daß am 12. Januar in Moskau bei verschlossenen Türen eine Konferenz stattgefunden habe, an der Trotzki, Tschitscherin, Kalinin, Kamenew und andere führende Bolschewisten teilnahmen. Man beriet über die Maßnahmen, die zu ergreifen seien, um die antibolschewistische Bewegung einzudämmen, deren Fortschreiten im Innern des Landes die russische Regierung beunruhigt. Die gefaßten Beschlüsse sind bisher unbekannt.

Aus Helsingfors melden die Zeitungen, daß in letzter Zeit unter den bolschewistischen Truppen, besonders in Weißrußland, große Mißstimmung herrsche, weil sie trotz der Versprechungen der Räteregierung noch immer unter den Waffen gehalten werden und sogar noch kürzlich eine neue Ausrüstung erhalten haben. Besonders stark ist die Mißstimmung in Witebsk. Anfang Januar brach in Witebsk eine Meuterei aus. Die Räteregierung ließ die Führer der Aufrührer gefangen nehmen und an den Kasernentoren aufhängen. Eine Anzahl der aufrührerischen Soldaten wurde eingesperrt, und man ließ sie verhungern. Als die Moskauer Regierung Nachricht von der Meuterei erhielt, sandte sie eine zuverlässige Abteilung chinesischer Soldaten nach Witebsk. Die Aufrührer brachten einen Eisenbahnzug zum Entgleisen und überfielen die chinesischen Soldaten. Eine große Anzahl der Chinesen wurde auf der Stelle niedergemacht, während der Rest die Flucht ergriff.

Aus Moskau wird weiter gemeldet, daß im Gouvernement Podolien ernste Bauernunruhen ausgebrochen sind, die von dem ukrainischen Obersten Tetjunik geleitet werden. Die Räteregierung befürchtet die Ausbreitung der Unruhe auch auf die Nachbargebiete, da die Stimmung unter den Bauern der Ukraine sehr erregt ist.

Ernste amerikanisch-japanische Spannung

(TU) Der Washingtoner Times-Vertreter berichtet, die amerikanische Regierung gebe sich mit keiner bloßen Entschuldigung für die Ermordung des amerikanischen Marineoffiziers durch eine japanische Schildwache in Wladiwostok zufrieden. In ihrer diesbezüglichen Protestnote streitet die amerikanische Regierung Japan überhaupt das Recht ab, in Wladiwostok Schildwachen aufzustellen. Amerika werde eine gründliche Abänderung der japanischen militärischen Maßregeln in Wladiwostok und im ganzen Bezirk verlangen und die lange Reihe der japanischen Probleme in Sibirien einmal aufrollen. Die Situation sei besorgniserregend.

Der Eisenbahnerstreik endgültig abgewendet.

(TU) Der Deutsche Eisenbahnerverband, die größte der im Sechzehnerausschuß vertretenen Organisationen, hatte am 18. Januar seinen erweiterten Vorstand erneut nach Berlin berufen. Nach einem umfassenden Bericht der Vertreter des Sechzehnerausschusses über den Gang der Verhandlungen und die Schwierigkeiten, neue Verhandlungen möglich zu machen, wurde beschlossen, ohne Diskussion in geheimer Abstimmung zu dem Verhandlungsresultat Stellung zu nehmen. Von 74 abgegebenen Stimmen waren 51 für die Annahme der im Verhandlungswege erzielten Zugeständnisse, 20 für den Streik und drei Zettel unbeschrieben. Damit ist die Entscheidung gegen den Streik gefallen. Die Abstimmung der drei übrigen Organisationen wird kaum ein anderes Ergebnis bringen, so daß die Bewegung, die wochenlang die Oeffentlichkeit beschäftigte, als beigelegt betrachtet werden kann.

Die Forderungen der Bergarbeiter.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands beschäftigte sich u. a. laut „Vorwärts" mit der Sozialisierungsfrage. Die Aussprache mündete in folgende Entschließung aus:

Die seit dem 14. Januar in Berlin tagende Konferenz des Gesamtvorstandes und der Bezirksvertretungen des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands erklärt, daß der Bergarbeiterverband an dem Beschluß seiner Hauptversammlung in Bielefeld (1919) über die Sozialisierung des Bergbaues und an der gleichgerichteten Entschließung des Internationalen Bergarbeiterkongresses in Genf (1920) festhält. Wir verstehen unter Sozialisierung die Uebertragung der vollen Verfügungsgewalt über die Gewinnung und Verteilung der Bodenschätze auf eine durch die Reichsgesetzgebung berufene Vertretung des Volksganzen. Die in jüngster Zeit rapid fortgeschrittene privatkapitalistische Vertrustung der Bergbauindustrie bedroht die Interessen des Volksganzen in wachsendem Maße. Der unbedingt nötige Schutz der öffentlichen Interessen gegen die privatkapitalistisch-monopolistische Beherrschung unsrer wichtigen Rohstoffindustrie ist der Hauptgrund für unsre Forderung. Sie ist keine spezielle Bergarbeiterfrage, sondern eine Volksangelegenheit. Die Vorschläge der Unternehmer beabsichtigen eine außerordentliche Unterstützung der privaten, gemeingefährlichen Vertrustungsbestrebungen. Der Vorschlag, „Kleinaktien" auszugeben, will die krasse mammonistische Gewinnsucht noch verstärken. Der Verband lehnt das entschieden ab. Von der Reichsregierung fordern wir, daß sie das 1920 gegebene Versprechen, einen Gesetzentwurf, der die tatsächliche Sozialisierung des Bergbaues bezweckt, einzubringen, ohne weitere Verzögerung einlöst.

Für Diebstähle im Braunkohlenrevier.

Aus dem mitteldeutschen Braunkohlenrevier erhält das Wolffbüro folgende Nachricht: Die Diebstähle auf den Werken, ganz besonders die Briketdiebstähle haben einen derartigen Umfang angenommen, daß auch eine empfindliche Verletzung des allgemeinen Interesses eintritt, sofern große Mengen Briketts durch die Diebstähle der Allgemeinheit und insonderheit auch der amtlichen Bewirtschaftung entzogen werden. Die auf diese Weise der Allgemeinheit entzogenen Mengen sind sehr groß. Allein im Bitterfelder Revier haben sie im November mehr als 12000 Zentner betragen. Im allgemeinen werden diese Diebstähle in der Weise ausgeführt, daß die von der Arbeit kommenden Leute das Diebesgut an einer Stelle der Einfriedigung niederlegen, wo sie es nach Verlassen des Werkes abholen, und es im Rucksack nach Hause tragen. Zum Teil werden sie jedoch als Bandendiebstähle in regelrechten Raubzügen ausgeführt, wobei die Beteiligten meist bewaffnet sind und das Leben der ihnen entgegentretenden Angestellten und Arbeiter bedrohen. Das Diebesgut wird teils den Halden, teils aber auch den zum Abtransport bestimmten, mit Briketts gefüllten Eisenbahnwagen, entnommen. Tätliche Angriffe mit der Schußwaffe gegen Lokomotivführer und Bahnbeamte sind häufig vorgekommen. Auch gewaltsame Befreiung von wegen Diebstahl verhafteten Personen. Es ist sogar vorgekommen, daß Wächter durch Bedrohung mit der Schußwaffe gezwungen wurden, den Dieben die Briketts in ihre Säcke zu füllen.

Ein bemerkenswertes Urteil aus Frankreich.

In dem Blatt L'Ere Nouvelle veröffentlicht ein Mitarbeiter, der soeben von einer Studienreise von Deutschland zurückgekehrt ist, einen längeren Artikel unter der Ueberschrift: „Man muß in Deutschland eine republikanische und pazifistische Werbearbeit einrichten". Das deutsche Volk, so führt er aus, wolle keinen Krieg. Die Geschäfts- und Handelswelt sei für die Republik. Das französische Ministerium des Auswärtigen tue nichts für die deutsche Republik, im Gegenteil, sie unterstütze mittelbar den monarchischen Gedanken, weil sie keine republikanische Propaganda in Deutschland betreibe. Man müsse der französischen Regierung begreiflich machen, daß die materielle Entwaffnung Deutschlands wenig sei, daß aber die moralische Entwaffnung alles bedeute. Ein Land ohne Flotte und ohne Finanzen könne keinen Krieg machen, selbst wenn es ihn wollte. Auf jede deutsche Lüge, auf jeden Angriff müsse eine Erwiderung erfolgen, und zwar nicht in der französischen Presse, sondern in der deutschen Presse selbst. Nichts würde leichter sein, als wenn man dieser nützlichen Arbeit einige 100 Mill. Franken opfere. Sie wären besser verwandt als in Rußland. Betrachte man die Lage des französischen Volkes, so würde man einsehen, daß seine Interessen nicht durch das jetzige Vorgehen der französischen Diplomatie geschützt seien. Es sei kein Verbrechen gegen sein Vaterland, zu sagen, daß das deutsche Volk Hunger leide. Andre Lefevres letzte Rede sei ein wahrer Waffenappell gewesen. Wenn er einen Hohenzollern auf den Thron hätte bringen wollen, hätte er nicht anders zu handeln brauchen. Er sei militaristischer als die Militärs. Der Verfasser ruft zum Schluß aus: Entwaffnen wir Deutschland moralisch, wenn wir den Frieden wollen.

Tagesereignisse.

— **(Gegen die Erhöhung der deutschen Kohlenlieferungen.)** Es wird gemeldet, daß der Vorstand des internationalen Bergarbeiterverbandes am nächsten Montag eine Sitzung abhalten wird, in der die deutschen Vertreter einen Antrag stellen werden, demzufolge gegen die Forderungen der Alliierten auf eine noch größere Lieferung deutscher Steinkohlen protestiert werden soll.

— **(Eine Niederlage des Ministers Severing.)** In Stettin wurde der „Bund der Heimatfreunde" verboten. Der Bund hatte sich nämlich als korporatives Mitglied der Organisation Escherich bezeichnet und ausdrücklich in den von den Behörden herbeigeführten mündlichen Vorbesprechungen daran festgehalten, daß er, komme was wolle, Mitglied der Organisation Escherich bleiben werde. Im ersten Prozeßtermin konnte der Vertreter des beklagten Polizeipräsidenten den Nachweis nicht führen, daß belastendes Material gegen die Organisation vorliege, und das Verbot des Polizeipräsidenten von Stettin, das sich ausdrücklich auf das Verbot des Herrn Severing stützte, wurde aufgehoben. — Kurze Zeit darauf fand die erste Verhandlung in dem Prozeß eines Organisationsmitgliedes, des „Heimatschutzverbandes verfassungstreuer Schlesier" in Breslau statt, der ebenfalls von einem solchen Verbote betroffen war. Auch hier wurde sofort Verbot- und Auflösungsverfügung aufgehoben.

— **(Ausschluß kommunistischer Mitglieder aus dem Bauarbeiterverbande.)** Wie die „Rote Fahne" mitteilt, hat der Hauptvorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes den Ausschluß des bisherigen Vorsitzenden der Ortsgruppe Chemnitz verfügt, der eine Reichsfraktion von Mitgliedern der kommunistischen Partei innerhalb des Verbandes gründen wollte. Gleichzeitig sind 2 weitere kommunistische Mitglieder aus dem Verbande ausgeschlossen worden. Der Verbandsvorstand erklärt, daß er alle Mitglieder, die durch kommunistische oder sonstige Sonderaktionen den Verband zu ruinieren beabsichtigen, ausschließen und selbst vor einer Auflösung und späteren Neugründung der Ortsgruppe nicht zurückschrecken werde.

— **(Aufdeckung eines gefährlichen Komplotts in Neuyork.)** Der Neuyorker Polizei gelang die Aufdeckung eines Komplotts. Es war beabsichtigt, die Häuser in die Luft zu sprengen. Man ist der Ansicht, daß Arbeitslose die Hand im Spiele haben, denn diese planen in vielen amerikanischen Städten verbrecherische Demonstrationen. Die Häuser von Rockefeller, Vanderbilt, Carnegie, Astor und Root werden scharf bewacht, ebenso die Eisenbahnstationen, Hotels und Krankenhäuser. An gewissen Punkten der Stadt stehen Polizisten mit Maschinengewehren. Die 5. Avenue bietet den Anblick einer Stadt im Belagerungszustand.

— **Generalfeldmarschall von Mackensen,** Ehrenbürger von Danzig, schreibt aus seinem Waldhaus Falkenwald an den Herausgeber der in Danzig erscheinenden Halbmonatsschrift „Die Ostwarte": Danzig wird um sein Deutschtum wie um die Freiheit zu kämpfen haben. Mit klopfendem Herzen und treuesten Wünschen folge ich dem Geschicke der geliebten Stadt. Auch ihre Ostwarte Danzig wird siegen, wenn es seiner Vergangenheit eingedenk bleibt und danach handelt, sich von Parteiformeln loslöst und nur dem Gemeinwohl dient. Deutscher Geist wird sich mit Erfolg den Weg bahnen.

Westfalen und Rheinland.

Stadtverordneten-Sitzung.

Kamen, 18. Jan. Der Sitzung am Montag wohnten 29 Mitglieder des Kollegiums bei. Den Magistrat vertrat Herr Bürgermeister Dr. Wiesner; den Vorsitz führte der stellv. Stadtverordneten-Vorsteher Herr Strelinski. Eine lange und wichtige Tagesordnung stand zur Erledigung, die nach vierstündiger Beratung ihr Ende fand. Scharfe Ostwinde umbrandeten die Aula, infolgedessen herrschte eine Bärenkälte in dem schönen Sälchen. Ein großer Teil der Stadtverordneten bedeckte sich mit dem Mantel, obwohl anscheinend der Hausmeister Ulmke alle Heizungsregister gezogen hatte, um dem Lokal die nötige Wärme zu verschaffen. Die Heizung schlug und tickte — die Kälte blieb jedoch.

Um 4 Uhr eröffnete der Vorsitzende Herr Strelinski die erste Sitzung im neuen Jahre, von dem er hofft, daß es ein Arbeitsjahr sein möge zur Zufriedenheit der Bürgerschaft Kamens und daß man damit den Wählern gerecht werde.

Dann führte Herr Bürgermeister Dr. Wiesner den durch das Ausscheiden des Herrn Cordes in das Kollegium eingetretenen Stadtv. Paul Lebrecht in sein Amt ein und verbindet gleichfalls damit die Einführung des Stadtrates Robert Baier in den Magistrat. Beide Herren seien durch das Vertrauen der Bürgerschaft in diese Aemter berufen und damit hätten sie große Pflichten übernommen. Ihre Arbeit müsse zum Wohle der gesamten Bürgerschaft sein. Wenn auch von politischen Parteien in die Vertretung berufen, so dürften sich die Eingeführten nicht als Vertreter einer politischen Richtung, nicht als Vertreter eines Standes, sondern als Vertreter der ganzen Bürgerschaft fühlen. Nach § 35 der Städteordnung seien sie lediglich dem eigenen Gewissen verantwortlich und nicht an Instruktionen der Wähler gebunden. Mit den Worten „Ich schwöre Treue der Verfassung" und durch Handschlag fand die Einführung statt.

Mit Bedauern gab Herr Bürgermeister Dr. Wiesner davon Kenntnis, daß Herr Bergrat Funcke sich zu seinem großen Bedauern infolge der durch seine Stellung als Generaldirektor der G. B.-A.-G. eingetretenen Arbeitsfülle veranlaßt sehe, aus seinem liebgewordenen Amte als Stadtrat und aus den Kommissionen auszuscheiden. Redner fand dann warme, anerkennende Worte für den ausscheidenden Stadtrat. 20 Jahre bekleide Herr Bergrat Funcke die städtischen Aemter, nur schweren Herzens scheide er aus. In seltener Treue habe er stets seine Kraft in den Dienst der Stadt gestellt, in großzügiger und großherziger Weise, nie vom engherzigen Parteistandpunkt aus habe er immer groß für die Stadt gedacht und gewirkt und sich stets, trotz seiner gewaltigen Arbeit, die ihm seine Stellung aufbürdete, eng mit der Stadt Kamen verbunden gefühlt. Das Kollegium machte keine Einwendungen gegen das Ausscheiden, nachdem Herr Bürgermeister erklärte hatte, daß es wohl keinen Zweck und keinen Erfolg habe, Herrn Bergrat Funcke zur Beibehaltung der städtischen Ehrenämter zu bewegen, denn wenn derselbe den Entschluß einmal gefaßt habe, so würde eine reifliche Ueberlegung vorausgegangen sein.

Darauf wurde zur

Wahl des Stadtverordneten-Vorstehers

geschritten. Herr Debus schlägt Herrn Strelinski vor, da der Vorsteher der größten Partei angehören müsse. Herr Fricke erklärt, daß seine Fraktion grundsätzlich den gleichen Standpunkt vertrete und daran festhalte, aber nur, wenn man den geeigneten Mann stelle, andernfalls müsse man sich die Sache überlegen. Herr Müller betont, daß die Wahl im Interesse der Allgemeinheit zu führen sei und schlägt zwecks Besprechung und gegenseitiger Fühlungnahme eine Pause vor. Dieses wird abgelehnt und man schreitet sofort zur Stimmzettel-Wahl. Herr Direktor Hußmann wird mit 15 Stimmen gewählt, Herr Strelinski erhält 14 Stimmen. Der Gewählte nimmt die Wahl an. Zum Stellvertreter wird mit 19 Stimmen Herr Strelinski gewählt, je 3 Zettel lauten auf die Namen Grieger, Küster, Schulte-Brauks und einer auf Eggert. Herr Strelinski nimmt die Wahl an. Zum Schriftführer wird Herr Floer und zum Stellvertreter Herr Vonhoff wiedergewählt.

In die Finanz-Kommission wird Herr Tschorn, in das Kuratorium des Realprogymnasiums und in das Stipendienfondskuratorium Herr Lebrecht berufen.

Durch eine Redewendung seitens des Vorstehers in der letzten Sitzung hatten sich die Stadtv. Hußmann und Geldmacher veranlaßt gefühlt, ihre Aemter im Betriebsausschuß niederzulegen. Herr Kupperschlag betont, daß seine Worte eine falsche Deutung hervorriefen, daß er aber eine solche Wirkung nicht beabsichtigt und nicht gewollt habe. Herr Küster findet es als die beste Lösung der Frage, wenn man beide Herren wiederwähle und macht ferner den Vorschlag, den Betriebsausschuß um zwei weitere Stadtverordnete zu verstärken. Dieser Vorschlag findet Annahme und man wählt einstimmig die Herren Hußmann und Geldmacher wieder und die Herren Jürgens und Tschorn neu in den Betriebsausschuß.

Nach den Darlegungen des Rechnungsamtes sind die Mittel der Stadtkasse erschöpft. Es wird die Summe von 38 000 Mark nachbewilligt, desgleichen für den Wohlfahrtsausschuß, über den Herr Schloms referiert und für den er warm eintritt, da es sich um die Aermsten der Armen handele, die Summe von rund 40 000 Mark für die Monate Dezember bis März 1921.

Herr Eggert macht mit einem Beschluß der Interessengemeinschaft der Vereine bekannt, nach dem an den Pfingsttagen große Opfertage stattfinden sollen. Die Gesangvereine und Turnvereine sollen sich in den Dienst der Sache stellen. Sämtliche Säle sollen Opfersäle sein. Der Reinertrag soll der allgemeinen Fürsorge (Witwen, Waisen, Tuberkulose-Bekämpfung usw.) zugute kommen. Redner hofft, Unterstützung bei den städtischen Behörden zu finden, welche Herr Bürgermeister zusagt und den Beschluß sehr begrüßt.

In der letzten Sitzung wurde über die

Finanzlage der Stadt

ein schwarzes Gemälde gezeichnet. Herr Bürgermeister bedauert, daß er der Sitzung nicht beiwohnen und zu den Ausführungen sofort Stellung nehmen konnte. Seine Ausführungen, die er vordem im Finanz-Ausschuß gemacht habe, seien mißverstanden worden. Daß die Finanzlage der Stadt äußerst ungünstig sei, treffe nicht zu. Man komme in diesem Jahre trotz der schwierigen Lage anscheinend mit einem blauen Auge davon. Die Finanzlage aller Städte sei schwierig, so auch unserer Stadt, aber schwierig sei doch nicht zerrüttet oder verzweifelt. Die Ausführungen im Finanz-Ausschuß habe er z. Zt. unter allem Vorbehalt gemacht, anscheinend seien sie von einzelnen Mitgliedern nicht richtig verstanden worden. Was er gesagt habe, dabei bleibe er. Er hoffe, daß man aus der Reichsrückgabe 100 000 Mark erhalte, aber rechnen dürfe man nicht damit. Die Finanzlage sei durchaus geordnet, Etatsüberschreitungen lassen sich in heutiger Zeit nicht vermeiden.

Herr Strelinski bittet, nicht zu weit zu schweifen. Er wolle doch sagen und erkläre heute nochmals, daß seitens der Verwaltung die Finanzlage stets glänzend dargestellt wurde, wenn es sich um die Bewilligung von Gehältern handelte, bei Steueranforderungen habe man stets die Finanzlage als schlecht hingestellt.

Ueber die

Vergrößerung der höheren Mädchenschule

referiert Frl. Schulze-Kump. Zum ersten Male trete die höhere Mädchenschule heran mit der Bitte um Bereitstellung von Mitteln über den Etat. Die Einrichtung einer weiteren Klasse sei erforderlich und würde von den Eltern sehr begrüßt werden, weil die Mädchen an der hiesigen Anstalt eine größere Vorbildung erhalten könnten und nach Absolvierung der 4 Klassen nicht nach auswärts gehen brauchten. Die Verhältnisse lägen insofern günstig, als ein Klassenzimmer und die Einrichtung dafür vorhanden seien und nur das Gehalt für eine neue Lehrkraft bewilligt werden brauche. Das Kuratorium habe dem Antrage zugestimmt, desgleichen der Finanz-Ausschuß mit dem Hinweis, daß das Schulgeld um 50 Mark für hiesige und auswärtige Schülerinnen erhöht werden solle, weil die Nachbarstädte bedeutend höhere Schulgelder erheben. Der Magistrat hat gleichfalls seine Zustimmung gegeben und die Stadtverordneten schließen sich dem an.

Das Sterben wird einem immer schwerer gemacht, so leitet der Vorsteher den Antrag des Fuhrmanns Lübbert auf Erhöhung der Leichenfuhrkosten ein. Derselbe verlangt jetzt für jede Fuhre in der Stadt 40 Mark, die Stadt erhebt einen Zuschlag von 11 Mark, sind 51 Mark, für jede Fuhre nach Bergkamen, Overberge usw. 60 Mark (mit Zuschlag 84 Mark), nach Altenbögge, Bönen, Nordbögge 80 Mark (100 Mk.), nach Werne, Herringen, Wischerhöfen 100 Mark (124 Mk.), nach Hamm, Dortmund 150 Mark (174 Mk.), darüber hinaus je Kilometer 5 Mark mehr. Der Magistrat beschloß, dem L. zu kündigen und die Stelle auszuschreiben. Der Erfolg war und ist der, daß sich stets nur ein Fuhrunternehmer meldet. Notgedrungen mußte deshalb der beantragten Erhöhung zugestimmt werden. (Infolge dieser Erhöhung trägt man sich in Knappenvereinskreisen mit der Absicht, die Leichen der verstorbenen Mitglieder zum Friedhof zu tragen, wie dies in anderen Gegenden heute noch geschieht und früher auch in Westfalen üblich war. Die Red.)

Ueber den

Ausbau der Klempschen Besitzung

referierte Herr Jacobi. Der Magistrat beschloß, das Haus der Sparkasse zu verkaufen und den Ausbau durch die Sparkasse vornehmen zu lassen. Die Kosten des Ausbaues des Hauses zu Sparkassenzwecken betragen 280 000 Mark. Diese Summe erscheint hoch, ist aber nötig, wenn etwas Würdiges und Zweckmäßiges geschaffen werden soll. Der Treppenaufgang wird nach hinten verlegt und kostet 40 000 Mark, der Tresor-Anbau, wodurch mehrere feste Stahlschränke gespart werden, erfordert die Summe von 126 000 Mark usw. Wenn die Sparkasse sich entwickeln soll, darauf weist Herr Jacobi besonders hin, so sind diese Anlagen und die Kosten erforderlich. Der Finanz-Ausschuß und der Sparkassen-Vorstand haben die Vorlage gründlich beraten und geprüft, ob die Kosten nicht verringert werden könnten, beide sind jedoch zur Annahme der Vorlage gekommen. Die Stadtverordneten geben ihre Zustimmung und bewilligen die Mittel.

Das Realprogymnasium erhält elektrischen Strom. Wie der Referent, Herr Direktor Hußmann, ausführt, wurde seitens des Direktors Herrn Dr. Everlien beantragt, das Gymnasium mit elektrischem Strom zu versehen. Die Kosten betragen nach einem Voranschlage des Bauamtes für das ganze Gebäude 16 000 Mark. Der Finanzausschuß fand diese Summe hoch, hielt es aber für notwendig, daß im Phhsik-Zimmer Elektrizität sich befindet, außerdem eine Lampe am Eingang und in der Aula. Stadtv. Hußmann empfiehlt die Annahme des Vorschlages des Finanzausschusses. Herr Kupperschlag ist dagegen; wie beim Rathaus sei auch hier Elektrizität nicht erforderlich. Schultechnische Gründe könnten nicht in Frage kommen. Stichhaltig sei auch nicht, daß in der Aula Hochschulvorträge, für die er im übrigen großes Interesse habe, und weiter Stadtverordnetensitzungen stattfänden. Man müsse endlich an dem Grundsatz festhalten, daß nur Ausgaben zu bewilligen sind, die nicht zu umgehen sind. Dem tritt Stadtv. Rüberg entgegen. Hier handle es sich um Lehrzwecke. Wie könne man in die Elektrizität einführen, wenn man dieselbe nicht zur Verfügung habe. Zweckmäßig sei auch die Anlage in Bezug auf die Lichtbilder-Vorführungen. Redner ist für die Anlage im Rahmen des Vorschlages des Finanzausschusses. Beschlossen wurde demgemäß. Aula, die allgemeinen Einrichtungen (Phhsik-Zimmer) und der Eingang erhalten elektrische Beleuchtung.

Die Bibliothekarin Frl. Köhling wird in Gruppe E der Gehaltsordnung eingereiht und erhält für 325 Arbeitsstunden 1170 Mk. Herr Grieger ist für die Anstellung eines Invaliden für diesen Posten, worauf Herr Müller erwidert, daß für die Bücher-Ausgabe sich nicht jeder eigne. Der Schwester Müller im Altersheim wird ein Gehalt von 10 050 Mark bewilligt, worauf 5400 Mark für Verpflegung in Anrechnung kommen. Herr Strelinski weist die haltlosen Gerüchte zurück, wonach die Schwester 20 000 Mark Gehalt erhalte.

Der folgende Punkt „Knapstein-Stiftung" wird auf Antrag des Referenten Vonhoff in der geheimen Sitzung verhandelt.

Herr Beigeordneter Siegler hat ein selbständiges Dezernat (Fürsorgewesen, Arbeitsnachweis usw.) inne. Der Referent Herr Rüberg weist auf die selbstlose, uneigennützige Tätigkeit des Beigeordneten hin. Einstimmig wird dem Magistratsbeschluß beigetreten, Herrn Beigeordneten Siegler eine monatliche Aufwandsentschädigung von 500 Mk. zu geben, rückwirkend ab 1. Oktober 1920.

Darauf wird zur

Wahl des Stadtrentmeisters

geschritten. In gemeinschaftlichen und einzelnen Sitzungen der Fraktionen war die Angelegenheit vorberaten worden. Im ganzen hatten sich 8 Bewerber um die ausgeschriebene Stelle beworben, davon zwei Bewerber aus Kamen, die Herren Kassensekretär Bors und der Vorsteher des Rechnungsamtes, Reinhold. Man war zu der Ansicht gekommen, nur einen hiesigen zu berücksichtigen, wenn auch der Herr Bürgermeister erklärt hatte, daß das Fürsorgeamt in Berlin nur einen ausgewiesenen Bewerber anerkennen würde. Dem hält Herr Strelinski entgegen, daß das Unterbringungs-Gesetz eine Ausnahme mache bei Vorstandsbeamten bei der Verwaltung, und die Stadtrentmeisterstelle sei als solche anzusehen. Hier könne das Fürsorgeamt Vorschläge machen, an die die Körperschaften aber nicht gebunden seien. Herr Cordes sei doch auch nach Hörde gekommen. — Herr Kupperschlag nimmt den Fall nicht so leicht, ein namhafter Jurist stehe auf einem anderen Standpunkte wie Herr Strelinski. Für Herrn Rüberg ist der Wortlaut ganz klar; man dürfe nach dem Gesetz die Stelle mit einem hiesigen Bewerber besetzen. Der Herr Bürgermeister steht auf einem anderen Standpunkt. Nur Magistratsmitglieder seien als Vorstand anzusehen, bei der Wahl der Stadträte könne das Fürsorgeamt nicht mitreden, aber wohl bei Kassensekretären. Er mache nur darauf aufmerksam, damit nicht die Wahl getätigt werde und das Fürsorgeamt schickt nachher einen hierher. Redner schlägt vor, einen hiesigen und ferner für alle Fälle einen auswärtigen Bewerber zu wählen. Dem letzteren widerspricht Herr Rüberg, weil er befürchte, daß die Wahl des hiesigen Bewerbers dann unter den Tisch falle. Herr Müller erklärt, was für Hörde gelte, gelte auch für Kamen. Wenn das Fürsorgeamt nicht einverstanden sei, dann hole man sich Herrn Cordes wieder nach hier. Herr Rüberg tritt dann für die Wahl des Herrn Bors ein, der 17 Jahre in unserer Stadt mit Erfolg tätig gewesen sei. Berücksichtigt müsse werden, daß Herr Cordes Herrn Bors ein gutes Zeugnis ausgestellt

---

Fritzken in Naut.

Dä kleine Fritz, dä was en bietken stief;
Manks saat hei doa un käik ut Tietverdrief
No buan in dä Wolken un wiä op dä Eer,
At wann dat alle blaus för iähm doa wör.
Aimol doa gaff iähm sine leiwe Mämme
Ne guot geschmärte dicke Buotterbämme.
Doa trippelde dat Fritzken rasch met op dä Stwate,
Doch was et iähm dobi ganz hällensmoate.
Hei trock et Gesicht, beläik sik sinen Paß
Un draigede ne heun un hiär oahn' Unnerlaß.
Äist sonk hei es moal 'n biättken an te mülen,
Op äimol was hei ock al fest am hülen,
Un jammerde un biäwede un schnuckte sau.
Doa kam an iähm verbie ne fiene Frau;
Dä hadde Mettläid met däm armen Kleinen
Un sagg: „Mein Junge, warum mußt du denn so weinen?"
Doch Fritzken draigede sick äist üm bedächtig,
Dann sag hei: „Ach, ick sin sau schmächtig!"
Sä reip: „Nur seh mir einer doch den kleinen Mann,
Er hat ein Butterbrot und beißt nicht an!"
„Joa" sag dat Fritzken un bruch de Hänn' in ne Sieten,
„Ick wäit so blaus nit, wo'k anfangen sall te bieten!"

Wellinghofen. —?

Der Australier.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

28. Fortsetzung.

Um zwölf Uhr traf Ralf Jansen in Schönau ein. Der Diener, der ihn gemeldet hatte, führte ihn auf Frau Ellens Befehl in ihren Salon, wo sie sich mit ihren Töchtern befand.

Die Damen hatten die neuen Trauerkleider angelegt, und die noch immer schöne Mutter zeigte sich zwischen ihren liebreizenden Töchtern in einer rührenden Pose.

Dagmar erhob sich bei Ralf Jansens Eintritt und ging ihm einige Schritte entgegen. Sie merkte, daß er ein wenig verlegen war und suchte ihm die Situation taktvoll zu erleichtern. Freundlich bot sie ihm die Hand.

„Seien Sie uns willkommen, Herr Jansen. Ich habe meiner Mutter und meiner Schwester von Ihrem hochherzigen Anerbieten erzählt. Sie möchten Ihnen danken. Darf ich Sie vorstellen?"

Er verneigte sich vor ihr, und in seinen Augen strahlte die Freude an ihrem Anblick, nach dem er sich seit gestern noch viel mehr als sonst gesehnt hatte.

Dagmar führte ihn zu Mutter und Schwester und stellte vor.

Frau Ellen streckte ihm mit einem rührend wehmütigen Lächeln die Hand entgegen.

„Leider ist es uns jetzt erst vergönnt, Ihre Bekanntschaft zu machen, Herr Jansen. Wir hätten es gern früher getan. Sie sehen mich sehr bewegt über Ihre uns so liebenswürdig angebotene Hilfe. Wie sollen wir Ihnen danken?"

Mit graziöser Sicherheit hielt sie ihm die Hand so entgegen, daß er nicht daran zweifeln konnte, daß er diese Hand an seine Lippen zu führen hatte. Seine Haltung war trotz der leisen Verlegenheit so ungezwungen, daß ihm kein Mensch eine gewisse Unsicherheit angemerkt hätte.

Dagmar freute sich, daß er sich so gut einführte, und als er wie fragend in ihre Augen sah, las er in ihrem Blick, daß er sich richtig benommen hatte.

Lotte reichte ihm auch die Hand. Aber sie schüttelte die seine so herzhaft, daß er auch hier nicht im Zweifel sein konnte, daß er mit einem Händedruck seiner geselligen Pflicht nachgekommen war. So hatte er bei dieser Gelegenheit gelernt, daß man älteren, verheirateten Damen die Hand küssen muß, während dies jungen Damen gegenüber bei einer Begrüßung nicht am Platze ist.

„Ich hoffe, gnädige Frau, daß Sie sich heute etwas wohler befinden und imstande sein werden, mich mit der nötigen schriftlichen Vollmacht auszustatten", sagte Ralf, als er, Frau Ellens Wink gehorchend, Platz genommen hatte, sofort auf den Kernpunkt der Sache eingehend.

Frau von Schönau hatte den Blick beobachtet, den Ralf Jansen Dagmar zuwarf. Ihr Hoffnungskeim wuchs sich sofort zu einer recht stattlichen Pflanze aus.

„Ich fühle mich, gottlob, heute etwas besser, und das danke ich nicht zum wenigsten der Gewißheit, daß wir in Ihnen einen starken, männlichen Schutz gefunden haben. Der Gedanke, daß ich den Herren, die mich gestern in so unerhörter Weise angriffen, nicht länger Rede stehen muß, da Sie mit ihnen verhandeln wollen, hat mich wunderbar beruhigt. Sie wissen, welch ein schwerer Schicksalsschlag uns betroffen hat, und daß wir unserem Geschick hilflos gegenüberstehen."

Frau von Schönau machte auf Ralf durchaus nicht den gleichen, günstigen Eindruck wie ihre Töchter. Er fühlte instinktiv das Unechte ihres Wesens heraus. Aber artigerweise ließ er sich das nicht anmerken.

„Ich hoffe sehr, Sie, gnädige Frau und Ihre Fräulein Töchter vor allzu großen, weiteren Unannehmlichkeiten bewahren zu können. Vor allen Dingen möchte ich nun eins mit Ihnen besprechen. Sie wissen wohl, daß, nach der Lage der Dinge, Schönau verkauft werden muß?"

Frau Ellen seufzte, und Lotte wischte schnell und verstohlen über ihre Augen, zwang sich aber tapfer zur Ruhe.

„Ja, Herr Jansen, ich weiß es, daß sich der Verkauf nicht umgehen lassen wird. Es wird das Schwerste für uns werden, daß wir die Heimat verlieren."

Ralf sah nur, wie Dagmar leise tröstend und beruhigend über die Hand der Schwester strich. Es rührte ihn. Dagmars ganze Selbstlosigkeit drückte sich in dieser Gebärde aus. Seine Augen leuchteten und er atmete tief auf.

„So will ich Ihnen mitteilen, daß ich eventuell Schönau kaufen werde. Ich hatte schon immer die Absicht, bei passender Gelegenheit meinen Grundbesitz zu vergrößern. Dies wäre solch eine Gelegenheit. Ich hoffe, es ist den Damen nicht schmerzlicher, wenn der Besitz in meine Hände übergeht, als wenn ihn ein anderer erwirbt."

„Ach, wenn wir nun doch von unserem lieben Schönau lassen müssen, dann ist es in Ihren Händen sicher am besten aufgehoben, Herr Jansen", sagte Lotte mit bebender Stimme.

Mit seinen guten, warmen Augen sah er sie so teilnahmsvoll an, daß sie ihm am liebsten die Hand gedrückt hätte.

Mit einem Seufzer strich sich Frau Ellen über die Augen.

„Meine Tochter gibt meinen eignen Gedanken Ausdruck", sagte sie elegisch.

Ralf sah Dagmar an.

„Und Sie, Komtesse? Wie denken Sie darüber?"

„Wie meine Mutter und meine Schwester, Herr Jansen."

„Also dann würde ich, wenn sich der Verkauf von Schönau nicht vermeiden läßt, gern dem Erwerb näher treten. Es müßte von einem Sachverständigen abgeschätzt werden."

„Das ist wohl schon geschehen", erwiderte Dagmar. „Ich kann Ihnen sagen, wie hoch Schönau mit allem lebenden und toten Inventar abgeschätzt wurde. Die Herren Gläubiger haben sich über diesen Punkt in meiner Gegenwart genugsam verbreitet. Der Kaufpreis beträgt vierhunderttausend Mark."

Es zuckte ein wenig um seinen Mund. Daß Dagmar den Kaufpreis so genau kannte, war ihm unangenehm. Er war nicht im Zweifel, daß Schönau mit dieser Summe anständig bezahlt sein würde, aber er hatte mehr dafür zahlen wollen, um den Damen in unauffälliger Weise zu einem Notpfennig zu verhelfen. Denn, daß die Forderungen der Gläubiger dieselbe Höhe erreichten, wußte er.

„Meiner Ansicht nach ist das ziemlich niedrig eingeschätzt", sagte er hastig.

Aber die Komtesse schüttelte den Kopf.

„Nein, Herr Jansen. Die Herren meinten, das sei im günstigsten Falle die höchste Summe, die Schönau bringen würde. Sie rechneten sogar damit, daß Schönau billiger verkauft werden müsse."

Er durfte nichts mehr über diesen Punkt sagen um Dagmar nichts von seiner Absicht ahnen zu lassen.

„Nun, das wird sich ja herausstellen. Natürlich muß Schönau genau abgeschätzt werden. Ich werde mit dem Bankier Volkmann über die ganze Angelegenheit sprechen. Selbstverständlich darf der Besitz keinesfalls zu niedrig eingeschätzt werden, damit ich nicht in den Verdacht komme, Ihre Notlage ausbeuten zu wollen, um ein gutes Geschäft zu machen", sagte er mit einem Anflug von Humor.

Impulsiv reichte ihm Dagmar die Hand.

„In diesen Verdacht werden Sie ganz gewiß nicht kommen, Herr Jansen. Es muß uns sehr lieb sein, daß sich so schnell ein Käufer für Schönau findet, damit alles geregelt werden kann, und wir Pläne für unsere Zukunft machen können."

Er verbeugte sich.

„Ich werde mich beeilen, alles in die rechten Wege zu leiten. Wollen Sie mir also bitte die Vollmacht ausstellen, gnädige Frau?"

Frau Ellen erhob sich.

„Das soll sogleich geschehen. Bitte, wollen Sie mir sagen, wie ich sie abfassen muß?"

Er gab ihr Weisung, und sie prägte es sich ein.

„Sie entschuldigen mich, bis ich das niedergeschrieben habe."

Damit ging Frau Ellen hinaus.

(Fortsetzung folgt.)

habe. Ohne Ersatz für Herrn Bohnenkoch habe Bors, trotz der Vermehrung der Geschäfte, die Kasse während der Kriegsjahre gut geführt. Herr Grieger hätte gegen Herrn Bors als Beamten nichts einzuwenden, wohl aber als Menschen. Die Behandlung der Kriegerfrauen sei alles andere als menschlich gewesen. Er glaube nicht, daß seine Fraktion ihm nur eine Stimme geben würde. Herr Rüberg weist nochmals auf die Steigerung der Kassengeschäfte während der Kriegszeit hin, das könne wohl nervös machen, umso mehr, als nicht genügend Arbeitskräfte vorhanden waren. Herr Strelinski verliest die Bewerbungsschreiben, worin Herr Reinhold darauf hinweist, daß er 19 Jahre bereits im Kassendienst tätig war. Bis Mai ds. Js. habe er seine Rendantenprüfung gemacht. Herr Bors weist darauf hin, daß er mit den örtlichen Verhältnissen vertraut sei. Herr Strelinski tritt für Reinhold ein und macht darauf aufmerksam, daß sämtliche Nebenbezüge, die der Stadtrentmeister bisher bezog, fortan fortfallen. Von 29 abgegebenen Stimmzetteln entfielen auf Herrn Reinhold 16 und auf Herrn Bors 12. Ein Zettel war unbeschrieben. Herr Reinhold ist somit gewählt.

Die Aufnahme einer kurzfristigen Anleihe von 503 000 Mark bei der Sparkasse wurde gutgeheißen.

Für die Lehrlinge bei der Stadtverwaltung wird auf ein Referat des Herrn Eggert die Vergütung erhöht und zwar im ersten Jahr auf 1800 Mark (1200 Mark früher), zweiten Jahre 2400 Mark (1800 Mark) und im dritten Jahre 3000 Mark (2400 Mark).

Die etatsmäßigen Polizei-Wachtmeister erhalten 600 Mark Kleidergeld, während den Hilfspolizeibeamten die Dienstkleidung frei gestellt wird.

Ferner wird dem Justizwachtmeister Meier die Vergütung für die Reinigung der Gefangenenkleidung auf 10 Mark je Kopf erhöht. Bisher betrug, wie der Referent Fricke ausführt, die Vergütung nach einem alten Vertrag von 1885 nur 1 Mark.

Die Lehrer der Fortbildungsschule beantragen die Erhöhung der Vergütung auf 400 Mark. Herr Neumann betont in seinem Referat, daß die Lehrer erklärten, an diesem Satz festhalten zu müssen und zu einem geringeren Satze nicht mehr unterrichten zu können. Nachdem die Herren Fricke und Strelinski dafür eingetreten, wird dem Antrage zugestimmt.

Die Abnahmegebühr bei elektrischen Anlagen

sollte 10 Mark je Flamme betragen. Dies erschien zu hoch und manches scharfe Wort wurde dagegen geschrieben und gesprochen. Die Stadtverordneten hatten in letzter Sitzung eine Aenderung gewünscht und dementsprechend eine andere Rentabilitätsberechnung gefordert. Herr Bürgermeister Dr. Wiesner referiert über die Verhandlung des F. A. über diese Angelegenheit und schlägt vor, 2 Mark je Flamme bei Anmeldungen bis 1. April ds. Js. und bei späteren Neubauten, (Mindestgebühr 10 Mark), nach dem 1. April sollen 5 Mark Abnahmegebühr erhoben werden. (Mindestgebühr 25 Mark). Bei Motoren soll je Kilowatt 3 Mark erhoben werden. Zu diesem Vorschlage erklärten die Stadtverordneten ihr Einverständnis.

Kenntnis gegeben wurde von einer außerordentlichen Prüfung der Stadtkasse (Prüfer Herren Direktor Hußmann und Reinhold) und einer solchen des Lebensmittelamtes (durch die Herren Jacobi und Reinhold).

Damit war die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erledigt, es folgte dann aber die Besprechung anderer städtischen Angelegenheiten. Herr Schloms weist auf die Vorstellung des Turnvereins „Kaiserkrone" für das Altersheim am Sonntag hin. Sämtliche Mitglieder des Kollegiums seien eingeladen worden, aber nur einige stellten sich ein. Die Klassenunterschiede solle man beiseite stellen.

Herr Kupperschlag gibt der Genugtuung Ausdruck über die Ermäßigung der Abnahmegebühr. Nun sei es aber auch Pflicht der Bürgerschaft, die elektrische Anlage anzumelden.

Herr Rüberg wünscht, daß man dem Hausmeister Ulmke auch das Existenzminimum gewähre, und weiter, daß an der Wilhelmschule, da Herr Schetter gekündigt habe, ein hauptamtlicher Hausmeister angestellt wird. Herr Fricke schlägt vor, auch Herrn Schetter das Existenzminimum zu gewähren und nachzuzahlen. Der Herr Bürgermeister erklärt, daß man im Falle Ulmke das Kuratorium nicht übergehen dürfe, dasselbe müsse erst darüber beraten.

Zugestimmt wurde einer Aenderung eines Satzes der Besoldungsordnung, wie der Regierungspräsident dieses für erforderlich hält. Weiter wurde, nachdem die Dringlichkeit anerkannt worden war, über einen Antrag des Stadtsekretärs Weber auf Ernennung zum Oberstadtsekretär beraten. Nachdem sich neue Momente ergeben haben, wurde im Gegensatz zur letzten Sitzung beschlossen, dem Antrage gemäß Herrn Weber zum Oberstadtsekretär zu ernennen.

Herr Bürgermeister Dr. Wiesner tritt obigen Ausführungen des Stadtv. Schloms bei und bittet, evtl. ergehenden Einladungen zu folgen. Er weist auf einen Vortrag über die Bedeutung und das Wesen eines Generalbebauungsplanes hin, der im Februar gehalten werden soll. Herr Rektor Rüberg wünscht die Höhe des Eintrittspreises zu wissen. Er erhalte soviel Einladungen, sein Geldbeutell erlaube es ihm nicht, alle Veranstaltungen zu besuchen. Und so werde es auch andern gehen.

Herr Eggert weist auf das Schlammbad an der Lünenerstraße hin. Durch die vollständige Kanalisation könnte der Bürgersteig trocken gelegt werden. Er wird einen Antrag schriftlich einreichen.

Herr Müller richtet zwei kleine Anfragen an den Bürgermeister. Er weist auf die Raubüberfälle und auf die zunehmende Belästigung der Mädchen hin und fragt an, was der Bürgermeister als Polizeichef dagegen zu tun gedenke. Herr Dr. Wiesner sagt dazu, daß die Polizeikräfte voll eingespannt seien. Er habe vor ½ Jahre die Vermehrung der Polizeikräfte beantragt, sei mit dem Antrage aber nicht durchgekommen. Voraussichtlich würde die städtische Polizei verstaatlicht.

Die zweite Müllersche Anfrage weist auf das Unrecht hin, das man mehreren Hausbesitzern dadurch zufügt, daß man ihnen die Kosten für Straßenrohrbrüche, entstanden durch Autos, abverlangte. In einem Falle (Geschwister Höning) wurde die Zahlung verweigert und darauf seitens des Wasserwerkes das Wasser abgesperrt, so daß die Familie und die Mieter seit langer Zeit ohne Wasser sind. Vielfach sind diese Leute nicht in der Lage, die Kosten aufzubringen. Solche Vorkommnisse dürften sich nicht ereignen. Auch die Herren Vonhoff, Kupperschlag, Jacobi, Ebbinghaus und Scharfenberg sind gegen solche Maßnahmen, eventl. müsse das Ortsstatut sofort geändert werden. Die Stadt habe die Möglichkeit, die Leute zu verklagen, aber das Wasser abzuschneiden, sei brutal und in hygienischer Beziehung verwerflich.

Herr Bürgermeister bemerkt dazu, daß sich diese Sache während seines Urlaubs ereignete. Er decke voll und ganz die Maßnahmen seines Vertreters, er habe den Anordnungen zugestimmt. Nach dem Statut habe der Hausbesitzer die Kosten zu tragen. Im übrigen wurde die Angelegenheit am Donnerstag im Magistrat beraten.

In der geheimen Sitzung wurde dem Antrage der Witwe Knapstein auf Verzicht auf die in dem Testament der Stadt zustehenden Rechte zugestimmt mit Rücksicht auf die eingetretenen veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse.

* *

Interessengemeinschaft der Vereine.

Kamen, 19. Jan. Am vergangen Sonnabend 8,30 Uhr abends, tagte die neugebildete Interessengemeinschaft der hiesigen Vereine im Klümperschen Saale. Die Beteiligung war rege, doch dürfte das zur selben Zeit stattgefundene Kirchenkonzert manchen Vereinsvertreter abgehalten haben, die Versammlung zu besuchen. Nachdem der bisherige vorläufige Vorsitzende Herr Weller die Erschienenen in kurzen Worten begrüßt hatte, wurde an die Erledigung der Tagesordnung herangetreten. Punkt 1 betraf die Vorstandswahl. Zum ersten Vorsitzenden ist einstimmig Herr Weller, zum Kassierer Herr Platte, zum Schriftführer Herr Scharfenberg jun. gewählt worden. Nach Vollendung der Wahl wurde von Seiten des Vorsitzenden betont, daß die jetzt stattgefundene Wahl als ein Provisorium zu betrachten sei. Die endgültige Wahl wird in der nächsten Sitzung stattfinden. Punkt 2 betraf Ziele und Zwecke der Vereinigung. Der Vorsitzende brachte zum Ausdruck, daß wohl allgemein der Zweck der Interessengemeinschaft noch verkannt würde. Als Richtungspunkt ist nur die Wahrnehmung der eigenen Interessen der angeschlossenen Vereine beabsichtigt. Bei der nächsten Versammlung (29. ds. Mts.) soll dieser Punkt nochmals eingehend besprochen werden. Punkt 3: Wohlfahrtstag unter Beteiligung möglichst sämtlicher hiesiger Vereine, soweit sie hierzu bereit sind. Dieser Punkt bedeutet gewissermaßen die Seele der heutigen Tagung. Herr Weller sprach in ausführlichen Worten über die allgemeine Notlage, die viele Bevölkerungskreise betroffen hat. Die ungeheure Teuerung und ungünstigen Verhältnisse auf allen Gebieten der Lebensführung (Essen, Kleidung, Wohnung) hat Formen angenommen, die man als den Höhepunkt bezeichnen kann. Wenn nun schon die gesunden, arbeitsfähigen Leute Not leiden, so kommt diese bei den Alten, Kranken, gebrechlichen Personen, Witwen, Waisenkindern usw. besonders scharf zum Ausdruck. Um hier zu helfen, wurde beschlossen, einen Sonntag im Mai (Pfingsten) in den gesamten Dienst der Wohlfahrt zu stellen. Jeder Verein soll an diesem Tage nach seiner Art dazu beitragen, durch Veranstaltungen und Ausführungen sich in den Dienst der guten Sache zu stellen. Die versammelten Damen und Herren begrüßten freudig diesen Vorschlag und stimmten den ausführlichen Worten des Herrn Weller einstimmig und gern zu. Sie versprachen ihre rege Mitarbeit zu dem uneigennützigen Unternehmen. Nun wurden Vorschläge über den Verlauf des geplanten Festes gemacht. Angeregt wurden Kinderbelustigungen, Sport und Wettspiele, Blumentag, Volksbelustigung und Promenadenkonzert auf dem Marktplatz. Von den anwesenden Damen wurde angeregt, die dem Festausschuß zu stiftenden Handarbeiten usw. zu verlosen oder zu verkaufen. Am Abend sollen in den verschiedenen Sälen Festvorstellungen bestehend in gesanglichen, turnerischen und theatralischen Leistungen stattfinden. Wenn ein jeder Verein sich wegen des guten Zweckes an den Veranstaltungen beteiligt und der Wettergott uns hold ist, so dürfte ein Erfolg sicher sein. Anschließend hieran schritt man zur Wahl eines vorläufigen Arbeitsausschusses, der bis zur nächsten Versammlung (29. ds. Mts.) gewisse Unterlagen ausarbeiten wird. Allseitig kam der Wunsch und die Bitte zum Ausdruck, ein jeder Verein, eine jede Persönlichkeit, möge sich in den Dienst der guten Sache voll und ganz stellen unter Hintenansetzung aller persönlichen Interessen. Die nächste Sitzung der Interessengemeinschaft findet, wie schon anfangs gesagt, am 29. ds. Mts., 8,30 Uhr abends, im Klümperschen Saale statt. Die sämtlichen Vereine werden gebeten, zu dieser Sitzung einen bevollmächtigten Vertreter zu entsenden. Dort werden Wünsche und Anregungen gern und dankbar entgegengenommen. Schließlich sei erwähnt, daß der vorher geschilderte Verlauf des Wohlfahrtstages nur als Vorschlag anzusehen ist, und die nächste Versammlung endgültig den wirklichen Verlauf des Festes beschließen wird.

*

Kamen, 19. Januar. **(Verschiedenes.)** In einer jüngst ergangenen höchstrichterlichen Entscheidung wird vom Reichsgericht dargelegt, daß für die Frage der Unverbindlichkeit von Verträgen infolge der Umgestaltung unserer Verhältnisse durch Krieg und Revolution nicht allein die Interessen und Verhältnisse des Leistungspflichtigen in Betracht kommen, sondern auch die Interessen der andern Partei zu berücksichtigen sind. Das kann bei einer gleich großen Schädigung des Bestellers auch zur Aufrechterhaltung der Leistungspflicht des Unternehmers führen.

Der Wert der Mark erfuhr gestern eine wesentliche Besserung. Er stieg gegen den 15. Januar in Holland von 2205 auf 2050, in der Schweiz von 1045 auf 976, in Amerika von 66.70 auf 62.50 für je 100 bezw. 1 Dollar der betr. Landeswährung.

(Aufruf und Einziehung der Reichsbanknoten zu 50 Mark vom 30. November 1918.) Die Reichsbank ruft nunmehr durch öffentliche Bekanntmachung ihre 50-Mark-Noten mit dem Datum vom 30. November 1918 auf. Die Besitzer werden aufgefordert, diese Noten bis zum 31. Januar 1921 bei einer Dienststelle der Reichsbank in Zahlung zu geben oder gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel umzutauschen. Mit dem 31. Januar 1921 verliert die aufgerufene Note ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel, was zur Folge hat, daß nach diesem Tage niemand mehr verpflichtet ist, die 50-Mark-Noten vom 30. November 1918 anzunehmen. Es empfiehlt sich deshalb, schleunigst alle 50-Mark-Noten dieser Ausgabe bei einer Reichsbankanstalt, öffentlichen Kasse, Bank, Sparkasse oder Geldinstitut in Zahlung zu geben oder umzutauschen. Nach dem 31. Januar 1921 erfolgt die Einlösung nur noch bei der Reichsbankhauptkasse in Berlin, aber auch nur bis zum 31. Juli 1921. Mit letzterem Zeitpunkt erlischt für die Reichsbank die Einlösungspflicht überhaupt. — Um jedem Irrtum vorzubeugen, wird aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich bei diesem Aufruf lediglich um die Reichsbanknoten zu 50 Mark mit dem Datum des 30. November 1918 handelt. Unberührt vom Aufruf bleiben sämtliche übrigen Reichsbanknoten, Reichskassenscheine und Darlehnskassenscheine, also auch die anderen auf 50 Mark lautenden Darlehnskassenscheine und Reichsbanknoten. Alle diese Geldzeichen bleiben gesetzliches Zahlungsmittel, müssen also von jedermann auch ferner in Zahlung genommen werden. (W)

(Die Erhöhung im Eisenbahnverkehr.) Die Beratungsinstanzen des Verkehrsministeriums (Sachverständigen-Beirat und ständiger Tarifausschuß) sind der Ansicht, die notwendigen Mehrausgaben der Eisenbahn durch eine organisch durchgeführte höhere Belastung der verschiedenen Güterarten und Wagenladungsklassen durchzuführen, wobei voraussichtlich die höchstwertigen Güter am stärksten belastet werden. Es soll vermieden werden, daß die Düngemittel und eine Anzahl wichtiger Rohstoffe übermäßig belastet werden. Im Personenverkehr werde sich die neue Preiserhöhung in mäßigem Umfange halten, jedoch soll der Nahverkehr erheblich verteuert werden.

(Sonntage der Zeche Massen im Jahre 1921.) Januar. 1. Abschlag: Dienstag, den 4., 2. Abschlag: Donnerstag, den 13., Restlöhnung: Dienstag, den 25. — Februar. 1. Abschlag: Freitag, den 4., 2. Abschlag: Montag, den 14., Restlöhnung: Freitag, den 25. — März. 1. Abschlag: Freitag, den 4., 2. Abschlag: Montag, den 14., Restlöhnung: Samstag, den 26. — April. 1. Abschlag: Montag, den 4., 2. Abschlag: Mittwoch, den 13., Restlöhnung: Montag, den 25. — Mai. 1. Abschlag: Mittwoch, den 4., 2. Abschlag: Freitag, den 13., Restlöhnung: Mittwoch, den 25. — Juni. 1. Abschlag: Freitag, den 3., 2. Abschlag: Dienstag, den 14., Restlöhnung: Samstag, den 25. — Juli. 1. Abschlag: Montag, den 4., 2. Abschlag: Mittwoch, den 13., Restlöhnung: Montag, den 25. — August. 1. Abschlag: Donnerstag, den 4., 2. Abschlag: Freitag, den 12., Restlöhnung: Donnerstag, den 25. — September. 1. Abschlag: Montag, den 5., 2. Abschlag: Mittwoch, den 14., Restlöhnung: Montag, den 26. — Oktober. 1. Abschlag: Dienstag, den 4., 2. Abschlag: Donnerstag, den 13., Restlöhnung: Dienstag, den 25. — November. 1. Abschlag: Freitag, den 4., 2. Abschlag: Montag, den 14., Restlöhnung: Freitag, den 25. — Dezember 1. Abschlag: Montag, den 5., 2. Abschlag: Dienstag, den 13., Restlöhnung: Freitag, den 23. — Die Auslöhnung findet statt: Morgens von 6 bis 8 Uhr. Nachmittags von 12½ bis 3 Uhr.

!! **Heeren-Werve**, 19. Jan. **Festgenommen** wurde hier der 1899 geborene Arbeiter K. aus Werl wegen des dringenden Verdachtes des Verbrechens aus § 218 d. R. St. G. B.

)(**Westick**, 19. Jan. **Zwei Freunde**, wenigstens glaubten sie es zu sein, aus der Glückaufstraße, machten am Heiligabend einen Abstecher nach Dortmund, wobei sie zu tief ins Glas guckten. In diesem betrunkenen Zustande entwendete der Bergmann G. G. seinem Freunde Heinrich W. die Brieftasche mit 50 Mark. Die Polizei die sich der Sache annahm und dem Dieb ins Gewissen redete, konnte nur noch eine leere Börse beschlagnahmen.

Dortmund, 18. Jan. **Den Stadtverordneten** lag gestern ein Antrag des Magistrats vor, der sozialistischen Bauproduktivgenossenschaft „Dortmund" und der von den christlichen Gewerkschaften in die Wege geleiteten Bauproduktivgenossenschaft „Eintracht" je ein 5prozentiges Darlehen von 50 000 Mark unter der Bedingung zu gewähren, daß der Darlehnsbetrag auf später zu leistende Arbeiten in Anrechnung gebracht wird. Städt. Baugewerksmeister Schwarz wandte sich namens der Deutschen Volkspartei gegen den Antrag. Unterstütze die Stadt diese beiden Bauproduktivgenossenschaften, dann müßte sie es auch mit allen andern Produktivgenossenschaften und Handwerkern tun. Das Zentrum unterstützte den Magistratsantrag, in dem doch nur eine moralische Unterstützung zu erblicken sei. Ein Teil der Demokraten war gegen die Unterstützung der Bauproduktivgenossenschaften aus städtischen Mitteln. Auch der Kommunist Richter entpuppte sich als Gegner des Antrags, wiewohl er wie die Mehrheitssozialisten die Produktivgenossenschaften lobte. Schließlich wurde der Magistratsantrag angenommen, aber auch beschlossen, jeder Produktivgenossenschaft die gleiche Hilfe wie den hier in Frage stehenden Genossenschaften angedeihen zu lassen. Nachdem einige Nachbewilligungen ausgesprochen worden waren, kam der Kommunist Richter noch mit dem Antrag, dem Kriegsbeschädigten Josef Stamm, der auf dem Unterstützungsbüro von Polizeibeamten angeschossen worden, höhere Unterstützung zu gewähren und die Polizeibeamten in Untersuchung zu nehmen. Der Dezernent Stadtrat Brebenbeck (Soz.) teilte mit, daß der zu 30% kriegsbeschädigte Stamm das Unterstützungsbüro ungebührlich in Anspruch nehme, bereits 10 000 Mark erhalten habe und so rabiat auftrete, daß mit ihm nur noch schriftlich verkehrt werden sollte. Gleichwohl sei Stamm auf dem Unterstützungsbüro erschienen und habe, als er durch Beamte entfernt werden sollte, einen Stuhl auf dem Kopf eines Polizeibeamten, der selbst zu 50% kriegsbeschädigt sei, zerschlagen. Gegen den wütenden Menschen hätten die Beamten zur Waffe greifen müssen. Eine Untersuchung der Angelegenheit im Sinne Richters müsse abgelehnt werden. Unter großem Lärm der auf der Zuhörertribüne befindlichen Kommunisten ging das Kollegium über den Antrag Richter zur Tagesordnung über.

Dortmund, 18. Jan. **(Schwurgericht.)** Der 1896 in Oespel geborenen Hedwig Wiederhake wurde Schuld gegeben, in einem Alimentationsprozesse gegen den Schlosser Sattler in Hamm unter Eid eine der Wahrheit zuwiderlaufende Aussage gemacht zu haben. Die Angelegenheit hatte bereits die Strafkammer beschäftigt. Diese hatte sich für unzuständig erklärt und Ueberweisung an das Schwurgericht beschlossen. Während die Angeklagte nach der eidlichen Vernehmung dem Untersuchungsrichter zugestanden hatte, daß das, was sie beschworen, nicht ganz mit der Wahrheit übereinstimme, behauptet sie neuerdings, die Wahrheit gesagt zu haben. Ein Zeuge, der in der Voruntersuchung Anhalt für die Anklage gegeben hatte, erklärte jetzt, sich auf nichts mehr, was vor dem Kriege

Mitteilungen des Lebensmittelamtes der Stadt Kamen.

Ausgabe von Teigwaren. Auf die Bezugsabschnitte Nr. 6 der Lebensmittelkarte entfallen je 150 Gramm Teigwaren. Die Abschnitte sind bis Samstag, den 22. ds. Mts., an die Geschäfte abzugeben. Die Geschäfte haben die gesammelten Abschnitte am Montag, den 24 ds. Mts., dem Lebensmittelamt einzureichen

Für Lungenkranke werden am Donnerstag, den 20. ds. Mts., je 250 Gramm Butter zum Preise von 26 Mk. je Pfund verausgabt.

Kondensierte Milch wird in allen Geschäften zum Preise von 8 Mk. je Büchse markenfrei verkauft. 324

geschehen, besinnen zu können, da er durch eine Verletzung im Kriege sein Gedächtnis eingebüßt habe. Die Geschworenen verneinten die auf Meineid gerichtete Schuldfrage und bejahten die Frage nach Vorliegen eines fahrlässigen Falscheides. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu 4 Monaten Gefängnis. Gleichzeitig beschloß es, die Hedwig Wiederhake auf die Begnadigungsliste zu setzen.

! **Herdecke**, 18. Jan. **(Eine elfköpfige Einbrecherbande verhaftet.)** Die vielen Einbrüche, die in den letzten Monaten in Herdecke und Umgegend verübt wurden, scheinen jetzt, wie das „Westf. Tgbl." meldet, restlos aufgeklärt zu werden. In Wittbräucke, Löttringhausen, Ende, Herdecke usw. sind bis jetzt 11 Personen verhaftet worden, in deren Besitz sich ganze Wagenladungen gestohlener Waren befanden. Einer der Täter, ein gewisser Fritz Liffert aus Ende, der auch im Verdacht steht, die Wohnung des Zeitungsverlegers Lensing (Dortmund) in Wittbräucke eingeäschert zu haben, hatte vor einigen Tagen den wilden Mann gespielt, sich auf das Eisenbahngleise der Strecke Löttringhausen—Herdecke gelegt und mächtig um Hilfe gerufen. Er wollte von dem Zuge erfaßt und mitgeschleift worden sein und spielte nun den Irrsinnigen, um nicht festgenommen werden. Als Liffert dann einsehen mußte, daß ihm nicht geglaubt wurde, verschwand er, konnte aber in den Wetterschen Waldungen beim Harkortdenkmal von der Polizei gefaßt werden. Liffert, der sich vollständig überführt sah, verriet nun alles und so wurden die vielen Diebstähle aufgeklärt. Als eine Anzahl der Diebe mit dem Zuge, der um 5 Uhr morgens bis Löttringhausen fährt, nach Dortmund verduften wollten, wurden sie in Löttringhausen verhaftet und nach Herdecke gebracht, von wo sie ins Gefängnis nach Hagen kamen. Mehrere Wagen voll gestohlener Sachen sind aus den verborgenen Diebesnestern bereits abtransportiert worden. Es sollen auch zwei Polizeibeamte in der Sache festgenommen worden sein.

! **Wesel**, 17. Jan. **Ein hiesiger Schneidermeister** hat auf das Stück 111, Reihe B, Gruppe 0806 der Sparprämienanleihe eine halbe Million gewonnen.

„-" **Krefeld**, 17. Jan. **(Verurteilung eines Goldgeldschmugglers)** Die Zollbehörde in Köln und in Kaldenkirchen war vertraulich davon verständigt worden, daß der in Venlo wohnende Kaufmann Hubert Peters regelmäßig nach Deutschland komme, um von dort aus Edelsteine und Goldgeld bei Kaldenkirchen nach Holland über die Grenze zu bringen. Er habe in Berlin ein Absteigequartier und werde dort von seinen Hintermännern mit Goldgeld und Brillanten für die Ausfuhr nach Holland versehen. Peters wurde infolgedessen an der Grenze scharf beobachtet. Als er am 24. Okt. von einer Fahrt nach Berlin zurückkehrte, wurde er von einem Zollbeamten auf dem Wege zur Landesgrenze verfolgt. Bevor er über die holländische Grenze gehen konnte, wurde Peters verhaftet. Bei seiner Durchsuchung wurde auf seinem bloßen Körper ein Gürtel gefunden, der für den Goldgeldschmuggel besonders eingerichtet war. In diesem Gürtel waren annähernd 1000 deutsche und ausländische Goldmünzen — die in Papiergeld einen Wert von 400 000 Mk. hatten — verborgen. Das Goldgeld wurde beschlagnahmt und Peters verhaftet. Die Strafkammer in Krefeld verurteilte ihn wegen des Goldschmuggels zu 4 Monaten Gefängnis; zugleich wurde das Goldgeld eingezogen und dem Staat für verfallen erklärt.

Neuß, 18. Jan. **Vor dem belgischen Kriegsgericht** in Aachen stand am Samstag der Landrat des Kreises Neuß, Frhr. v. Lünnck, unter der Anklage, einen Befehl des belgischen Kommandanten in Neuß Widerstand geleistet zu haben. Das Urteil lautete auf sechs Wochen Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe. Der Verurteilte wurde auch sofort in Haft genommen.

! **Köln**, 17. Jan. **Vor der hiesigen Strafkammer** hatten sich zwei Polizeiwachtmeister wegen Unterschlagung von 5200 Mk. Papiergeld, 1400 Mk. Silbergeld sowie 8½ Kilo Feinsilber aus beschlagnahmten Silberschiebungen zu verantworten. Das Gericht erwog, daß dieser Vertrauensbruch der Beamten zu ahnden sei und verhängte über jeden 18 Monate Gefängnis.

NIVEA

Die Ärzte empfehlen als Hausmittel gegen rote Hände, spröde, rissige Haut, bei kleinen Verletzungen, Brandwunden, leichten Ausschlägen und Entzündungen wegen ihrer kühlenden und heilenden Wirkung Nivea-Creme.

In Blechdosen und Tuben zu haben in den Apotheken und Drogenhandlungen.

Die Reichsgründungsfeier in Bayern.

(TU) Bei der von Tausenden besuchten Reichsgründungsfeier stellte Vizekanzler Dr. Heine die Friedensschlüsse von Versailles einander gegenüber. Nicht auf staatsrechtlichen Theorien, sondern auf der Freiheit des Einzelnen sei das alte Reich aufgebaut gewesen. Bismarck habe sehr wohl gewußt, daß die deutsche Kultur Niederschlag der deutschen Einzelstaaten sei und habe deshalb nicht den Einheitsstaat, sondern den Bundesstaat mit Preußen als Vormacht geschaffen. Niemals in der Weltgeschichte seien Versprechen willkommener eingelöst worden, als das Wilhelms I. in Versailles, Mehrer des Reichs nicht durch den Krieg, sondern durch den Frieden zu sein. Als einziger aller Großstaaten habe Deutschland, von der Niederwerfung einiger Aufstände in den Kolonien abgesehen, während der ganzen Zeit bis zum Weltkriege keinen Krieg geführt. Was die Ausschaltung Deutschlands als Machtfaktor bedeute, das würden in den nächsten Jahren die schwächeren Staaten zu spüren bekommen. Angesichts des beispiellosen materiellen Aufschwunges wäre es Wahnsinn gewesen, wenn Deutschland, wie unsere Gegner behaupten, den Krieg gewollt hätte. Aus dem Verhängnis, das uns betroffen habe, sei eine neue Reichsverfassung hervorgegangen, die Preußens Vormacht ein Ende mache. Fortan müsse anstelle Preußens das ganze Deutsche Volk das Reich stützen. Jeder Staat, auch Bayern, sei jetzt in unendlich stärkerem Maße als bisher mit dem Reiche zusammengeschweißt und der Teil, der sich etwa loslösen wolle, sei unrettbar verloren, wie das Beispiel des isolierten Oesterreichs beweise. Wenn wir wieder hochkommen wollen, so kann das nur durch den Zusammenschluß aller Kräfte erreicht werden.

Ein englischer Kritiker Frankreichs.

(W) In seiner Wochenübersicht in der Daily News schreibt Gardiner zur französischen Krisis:

England habe den Ansichten Fochs, Clemenceaus, Millerands und Leygues' so oft zugestimmt, daß seine politischen Fähigkeiten beinahe aufgehört hätten zu funktionieren. Die schlimmsten Feinde des Verbandes seien diejenigen, die aus Loyalität gegen Frankreich vergäßen, daß sie auch gewissermaßen zur Loyalität gegen wirkliche Tatsachen verpflichtet seien. Unglücklicherweise sei es klar, daß das Ministerium deshalb gefallen sei, weil das französische Volk nichts von den riesigen deutschen Schätzen erhalten habe, die man ihm versprach, und weil es die Geduld verloren habe. Frankreich aber habe bisher zwei entgegengesetzte Ziele verfolgt: politisch wolle es Deutschland zu Boden drücken, wirtschaftlich wolle es die Zahlung einer Entschädigung, die nur von einem aufrechtstehenden Deutschland geleistet werden könne. Eines dieser beiden Ziele müsse geopfert werden. Gardiner befürchtet, daß eine Wiederbelebung der französischen Pläne bezüglich des Ruhrgebiets bevorstehe. Das Saargebiet sei bereits schon nicht mehr in den Händen Deutschlands, in Oberschlesien arbeite seit einem Jahre die französische Propaganda unter General Lerond auf das Ziel hin, den Besitz des oberschlesischen Kohlengebiets oder eines Teils davon Polen zu verschaffen. Wenn auch das letzte Kohlengebiet Deutschlands an der Ruhr besetzt würde, dann würde Deutschland zu wirtschaftlicher Knechtschaft verurteilt sein. Vor allem aber spiele das Ruhrgebiet als Pfandobjekt in einem weitgehenden politischen Plan eine Rolle; es sei der Schlüssel zur Auflösung Deutschlands. Die Bayern sehen auf die Ruhrkohle angewiesen. Wenn Frankreich das Kohlengebiet besetzen würde, würde das wirtschaftliche Hindernis seiner Politik beseitigt sein. Frankreich werde dann imstande sein, Bayern zu sagen: Der Weg zum Austritt aus dem Reich ist frei, du wirst unser Freund sein, und wir werden dafür sorgen, daß du Kohle bekommst. Diesen Plan müsse man sich vor Augen halten, wenn man den Entrüstungsschrei gegen die Einwohnerwehren begreifen wolle. Die Besetzung des Ruhrgebiets würde die Auflösung Europas besiegeln, dessen Bau nur standhalten könne, wenn das Mittelstück des Gewölbes nicht einstürze.

Eine italienische Stimme über Frankreichs unersättliche Raubgier.

Ka. Im „Achtuhrabendblatt" vom 11. 1. ist ein Artikel „Deutschlands Waffen" von dem italienischen General Bencivenga, der früher italienischer Bevollmächtigter der interalliierten Waffenstillstandskommission in Berlin war, veröffentlicht, aus dem wir nachstehende interessanten Sätze entnehmen:

„Frankreich merkt den Geist der „Revanche", der sich in Deutschland aufrichtet. Frankreich merkt, daß die wirklichen Waffen, die Deutschland besitzt und schärft, die des Geistes sind; Waffen, die niemand den Händen der Deutschen entreißen kann. Frankreich merkt, daß, während Deutschland neu ersteht, es selbst bergab geht; die militärische Last erdrückt es. Und darum sieht es umso weniger ein anderes Mittel, um aus der tragischen Situation, in die es sich aus Unversöhnlichkeit begeben hat, herauszukommen, als das, dem Gegner einen tödlichen Schlag zu versetzen. Und es versucht das unter allen möglichen Vorwänden, um den Schein des Rechts zu wahren.

Der Einmarsch in das Ruhrgebiet ist der erste Schritt auf dem Weg nach Berlin. Die Entwaffnungsfrage ist nur der Vorwand: Aber allem wagt Frankreich nicht zu gehen. Es will die zu Genossen, die seine Helfershelfer beim Diktat des Vertrages von Versailles waren. Aber es scheint nicht, als ob diese geneigt wären, ihm zu folgen."

Vernichtung bolschewistischer Divisionen in der Ukraine.

(TU) Die Aufständischen in der Ukraine haben zwei der besten bolschewistischen Divisionen umzingelt und vollständig aufgerieben. Unter diesen Truppen befand sich ein ausschließlich aus Offizieren der Petersburger Militärakademie zusammengesetztes Kontingent, das die Elite der roten Truppen darstellte. Die Aufständischen haben die Umgegend von Jekaterinoslaw, Nikolajewsk und Alexandrowsk besetzt. Im bolschewistischen Regierungskreise Charkow herrscht Panik. Der Aufstand dauert fort.

Bolschewistische Erkenntnisse.

Die „Morningpost" veröffentlicht nach dem russischen Blatte „Borba" das in Tiflis erscheint, einen Tagesbefehl Trotzkis, worin die öffentlichen Versammlungen in der Armee abgeschafft werden. Er erklärt, daß das Vaterland in Gefahr sei. Die Rechte, die man den Soldaten eingeräumt habe, bedeuten eine ernstliche Bedrohung für den Bestand des freien russischen Volkes und der Gesellschaft. Die Zukunft würde uns verfluchen, wenn wir uns unfähig erweisen, jene zu unserem Willen zu zwingen, die sich dagegen wehren. Trotzki fordert vollkommenes Vertrauen, da er nur einen Zweck anstrebe, nämlich Rußland aus der Gefahr herauszuführen, in der es sich befinde, und es von dem Joche zu retten, welches England und Frankreich ihm androhten. Jeder Versuch, künftig Versammlungen innerhalb der Armee abzuhalten, wird als ungesetzlich betrachtet werden.

Weitere Nachrichten.

— **Der Hauptausschuß des Reichstages** genehmigte die Ausgaben für die staatliche Nothilfe mit 25 Millionen Mark für Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen und 15 Millionen Mark zur Durchführung der Nothilfe. Ferner bewilligte der Hauptausschuß zur Errichtung von Anstalten zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im deutschen Reiche eine halbe Million Mark. Nach Bewilligung von 36 Millionen Mark für die Durchführung der Reichstagswahlen und 5 Millionen Mark zur Fürsorge für die deutschstämmigen und ausländischen Flüchtlinge genehmigte der Hauptausschuß den Etat des Reichsministeriums des Innern.

— **(Rücktritt des Schahs von Persien?)** Intransigeant meldet, daß der Schah von Persien abgedankt habe. Auch der Temps bringt diese Meldung, bemerkt aber dazu, daß bei der französischen Regierung eingegangene Telegramme noch keine Bestätigung dieser Nachricht enthielten, sondern nur die Meldung, daß das persische Kabinett zurückgetreten sei.

— **(Bekenntnis zum Deutschtum.)** In einem Kriegsgefangenenbuch: „Wir weißen Sklaven", von Helmuth Korth, das in schonungsloser Weise den französischen Sadismus geißelt, mit dem Mitglieder der „grande nation" wehrlose Gefangene in Frankreich mißhandelten, kommt auch ein Abschnitt vor, der den Durchtransport Deutscher durch Metz behandelt. Den Gefangenen wurde — schon in den Apriltagen 1919 — eine großartige Begrüßung seitens der Bevölkerung zuteil. Auf dem Bahnhof Metz-Sablons bereiteten ihnen die lothringischen Kinder begeisterte Ovationen. Greise und Frauen verhüllten beim Anblick der deutschen Landsleute ihr Gesicht. Ein kleines Mädchen rief: „Ich bin Deutsche und bleibe Deutsche." Andere wieder: „Nehmt uns mit, nehmt uns mit", oder: „Wir kommen bald nach". Als eine Frau, ihr Kind auf dem Arm tragend, dem traurigen Zuge mit dem Taschentuch nachwinkte, warf sie einer der Franzosen mit einem schweren Gegenstand. Ka.

— **Ein französischer General über Ludendorff.** Der französische General Buat hat ein Buch über den Generalstabschef des Feldmarschalls von Hindenburg verfaßt, das trotz aller Ausfälle beweist, daß die Franzosen großen Respekt vor Ludendorff gehabt haben und seine militärische Bedeutung voll zu würdigen wußten. General Buat geht so weit, zuzugestehen, daß der Krieg vielleicht doch einen anderen Ausgang genommen hätte, wenn Hindenburg und Ludendorff früher aus dem Osten nach dem Westen gekommen wären. Der resultatlose Angriff auf Verdun sei ein großer Mißgriff gewesen. Ludendorff selbst habe den Fehler begangen, daß er im Sommer 1918 die tatsächliche Lage verkannt habe. Trotzdem bleibe er einer der bedeutendsten Heerführer des Weltkrieges.

— **(Dank deutscher Kriegsgefangener in Frankreich.)** Mit Genehmigung der französischen Regierung statteten Pastor Hörstel aus Morgenitz auf Usedom und Professor Dr. Paffrath aus Paderborn den noch in Frankreich zurückgebliebenen 187 deutschen Kriegsgefangenen in den Lagern Avignon, Cuers und Agay im Auftrage der deutschen Regierung einen 3tägigen Besuch ab. Die französischen Behörden zeigten den beiden Geistlichen das größte Entgegenkommen. Sie konnten ungehindert ihre geistlichen Funktionen ausüben und sich mit den einzelnen Leuten besprechen. Erfreulicherweise kann mitgeteilt werden, daß sich die Stimmung in den letzten Monaten gebessert hat. Die deutschen Kriegsgefangenen beauftragten die Geistlichen auf diesem Wege dem deutschen Volke zu danken, daß es ihrer nicht vergessen und sie zu Weihnachten und Neujahr so reich beschenkte.

— **(Gegen den Kriegsdienst.)** Im Berliner „Rheingold" hielt der Friedensbund der ehemaligen Kriegsteilnehmer Sonntag seine erste Bundestagung ab. Aus allen Teilen Deutschlands waren Delegierte eingetroffen. Auch die Genfer Internationale der Kriegsopfer war vertreten. Es wurde die Verweigerung jeglichen Kriegsdienstes beschlossen.

— **Geburtsprämien in Frankreich.** Das Stadtparlament in Paris hat beschlossen, im Seinedepartement Geburtsprämien auszusetzen, und zwar für legitime und für anerkannt uneheliche Kinder; für jedes dritte Kind werden 300 Frank gezahlt, für das vierte 350 Frank, für das fünfte 400 Frank, für das sechste 450 Frank, bis zu 650 Frank für das zehnte und alle weiteren Kinder. Diese Prämien sollen keine Almosen darstellen, sie werden an alle Familien gezahlt, die sie zu erhalten wünschen. Der erforderliche Kredit beträgt 7½ Millionen Frank jährlich. Davon trägt der Staat nach einem Gesetz 2½ Millionen Frank. Der Rest von 5 Mill. Mark fällt zu Lasten des Departements.

— **Scharfes Vorgehen gegen Wucherer in Böhmen.** Aus Prag meldet ein Berliner Mittagsblatt, daß der tschechische Justizminister dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf über die Errichtung von Arbeits-Strafabteilungen und die zeitweise Ausschließung der bedingten Verurteilung bei strafbaren Handlungen wegen Kriegswuchers und Schmuggels vorgelegt hat.

Eine leichte Annäherung in der Zahlungsfrage?

(TU) **Berlin**, 18. Jan. Von französischer und englischer Seite ist man mit dem Vorschlag der Teilzahlungen der sogen. Wiedergutmachung erneut an die deutsche Regierung herangetreten. Wie verlautet, hat Reichsminister Simons auch bei dieser Gelegenheit auf das für Deutschland Bedenkliche eines solchen Modus und insbesondere auch auf die für uns unerträgliche Art hingewiesen, mit der Deutschlands Zahlungen auf der gegnerischen Seite gebucht zu werden pflegen. Die Vertreter Frankreichs und Englands sind nicht darüber im Unklaren gelassen worden, daß wir auch eventuelle jährliche Zahlungen keinesfalls in bar, sondern in Gestalt von Warenlieferungen und ähnlichen Lieferungen erfüllen müßten. Schließlich ist auch eine Reihe von Erleichterungen von uns als conditio sine qua non bezeichnet worden. Wie der „Lokalanz." hört, haben diese Besprechungen zu einer leichten Annäherung der beiderseitigen Standpunkte geführt, die vielleicht zu einer Grundlage für eine Verständigung hinüberleiten könnte. Auf unserer Seite scheint die Meinung vorhanden zu sein, weitere Vorschläge der Ententeregierungen zu hören und, falls sie annehmbar sein sollten, auch in Verhandlungen mit ihnen einzutreten.

Am Ende der Eisenbahnerbewegung.

(TU) **Berlin**, 18. Januar. Nachdem der 16er Ausschuß, in dem die sämtlichen Eisenbahnverbände vertreten sind, in einem Aufruf an die deutschen Eisenbahner mitgeteilt hat, daß die Vertreter der Spitzenverbände die Uebernahme der bei den letzten Verhandlungen zu Stande gekommenen Vereinbarungen befürworte, sind nunmehr für heute die erweiterten Vorstände der einzelnen Organisationen zur Beschlußfassung nach Berlin berufen worden. Wie der „Vorwärts" erfährt, haben sämtliche Gewerkschaftsvorstände die Absicht, die Bewegung zu beenden und die Teilerfolge trotz der vorhandenen Mängel den Mitgliedern zur Annahme zu empfehlen. Da ein Streik angesichts der gemachten Zugeständnisse außerordentlich gefahrdrohend erscheinen muß, wird von der Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels abgeraten.

Die Berliner Elektrizitätswerksdirektoren vor der Verabschiedung.

(TU) **Berlin**, 18. Jan. Die Forderung, die 33 wegen Pflichtvernachlässigung entlassenen Arbeiter wieder einzustellen, dürfte vom neuen Magistrat erfüllt werden. Die Direktoren, deren Autorität auf diese Weise unterbunden wird, werden gezwungen sein, ihren Abschied zu nehmen. Der Magistrat hat beschlossen, die Direktoren der städtischen Elektrizitätswerke ihrem Wunsche gemäß zu beurlauben. Sie werden kaum auf ihre Posten zurückkehren.

Ein Protest gegen die Reichsgründungsfeier.

(TU) **Halle**, 18. Jan. Die sozialistischen Arbeiterräte forderten die Hallenser Arbeiter auf, ihre Kinder am heutigen Dienstag nicht in die Schule zu schicken und durch einmütigen Schulstreik gegen die geplante Reichsgründungsfeier zu protestieren.

Kleine Nachrichten.

Die alliierten Ministerpräsidenten werden am 21. Januar in Paris zusammenkommen. An der Konferenz werden Lloyd George, Graf Sforza und Jaspar teilnehmen.

Wie die „N. B. Z." von gut unterrichteter Seite erfährt, plant die Reichsregierung, mit der bayrischen Regierung in dringende Beratungen über den allmählichen Abbau und die endgültige Auflösung der Orgesch einzutreten.

Laut Berl. Tgbl. sind die Wahlen zu den Landwirtschaftskammern nunmehr auf den 27. Februar festgesetzt.

Nach einer Meldung aus Warschau bringt die Zeitung Braeglan Wieczorny alarmierende Meldungen über Vorbereitung zu einer groß angelegten separatistischen Aktion auf dem gesamten Posenschen und Pommerellenschen Gebiet, die gegen die Warschauer Zentral-Regierung sich richtet.

Von russischer Seite wird die Proklamation der weißruthenischen Sowjetrepublik für die nächste Zeit verkündet. Die Republik soll u. a. die Bezirke Smolensk und Witebsk in sich schließen und ein Bundesstaat von Sowjetrußland werden.

In der Zeit vom 1. bis 10. Januar brachte die Reichspost- und Telegraphenverwaltung eine Ablieferung von 49 267 000 Mark, wogegen die Reichseisenbahnverwaltung einen Zuschuß von 503 081 000 Mark erforderte, womit die Betriebsverwaltungen insgesamt einen Zuschuß von 453 814 000 Mark benötigten. Die Ausgaben des Reiches stellten sich in dieser Zeit einschließlich des Zuschusses auf 1 508 184 000 Mark. Nicht gedeckt durch Einnahmen werden davon 272 156 000 Mark, so daß sich die schwebende Schuld um diesen Betrag auf 152 999 336 000 Mark erhöhte.

Die deutsch-belgische Konferenz betr. die Einlösung der während des Krieges in Umlauf gesetzten deutschen Noten im Betrage von 6 Milliarden Mark wurde am Sonnabend eröffnet.

Persil bleibt Persil

wäscht schneeweiß, ersetzt Rasenbleiche, schont und erhält die Wäsche, spart Arbeit Seife u. Kohlen.

Bestes selbsttätiges Waschmittel

Preis Mk. 4.— das Paket.

Henkel & Cie., Düsseldorf.

(Staatsmedaille, gold. Ausstellungspreise)

PIANOS Flügel, Harmoniums

unübertroffen an Qualität und Preiswürdigkeit

mit Klangstez D.R.G.M. 458 403 21e Fabrik Berlin S 42

Roth & Junius Hof-Piano- u. Flügelfabrik Hagen i.W. Bahnhofstr. 29.

Reinigen Färben

Umpressen

von alten Hüten 97

schnell und sehr billig.

E. Wette, Kamen,

Bahnhofstrasse 55.

Elektr. Glühlampen

Originalmarke „Osram"

empfiehlt zu Fabrikpreisen.

Kamen. Carl Müller.

231

Neu erschienen!

Telefon-Verzeichnisse

nach amtlichen Unterlagen, enthaltend, die Namen aller beim Postamt Kamen angeschlossenen Telefoninhaber.

Unentbehrlich für jeden Telefonanschluß.

Preis je Stück 3.00 Mark.

Erhältlich in der

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Fr. Brinkmann

begl. Vertreter von

Pastor Felkes Heilweise

Unna, Bahnhofstraße 49

Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 9 bis 6 Uhr. 77

Eheleute Hygienische Bedarfsartikel all. Art. Gummiwaren etc. Kostenloser Rat in allen hygienischen Angelegenheiten. Auskunft und Verkauf Wochentags 9—12 und 2—6 Uhr. Sonntags 9—12 Uhr. E. Becker, Dortmund, 1. Kampstraße 126, 2. Etg., direkt am Körnerplatz, 5 Minut. v. Hauptb.

Futtermöhren, Runkeln, Steckrüben, Walzhaferfutter

empfiehlt

Engelbert Goselwitz (Frdr. Mork, Nachf.)

Oststr. 27. Tel. 149. 319

Suche zum 1. März ein tüchtiges i306

Mädchen

Frau Apotheker Kocke.

Glasschrank und einen großen, eichenen Koffer zu verkaufen. 276

Altenmethler Heide 75.

Für sofort ein

Mädchen

gesucht für kurze Zeit od. auch für länger. i325

Bahnhofstr. 2.

Eine fast neue Nähmaschine zu verkaufen. 301

Wo, sagt die Geschäftsstelle der Kamener Zeitg.

Mädchen,

das im Nähen schon etwas bewandert ist oder Lehrmädchen gegen sofortige Vergütung sofort gesucht.

Zu erfragen in der Geschäftsst. dies. Ztg. 318

Ein Kinderwagen zu verkaufen.

Wo, zu erfragen in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung. 327

Junger Mann, 21 Jahre alt, sehr solide, sucht Stelle als

Kutscher

evtl. Vereiter, ist mit Pferdepflege vollständig vertraut.

Angebote an die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung unter Nr. 326.

Bekanntmachung.

Die gemäß meinen s. Zt. erlassenen Anordnungen über die Gemeinden Altenmethler, Derne, Flierich, Frielinghausen, Kump, Nordinker, Nordbögge, Sandbochum, Schmehausen, Werries, Westhilbeck, Westfeld, Sönnern, Südinker, Vöckinghausen und Gutsbezirk Haus Brüggen und Pelkum verlängerter Ortssperre wird, da in allen verseucht gewesenen Gehöften die Seuche erloschen und die Ortssperre aufgehoben ist und Neuausbrüche seit längerer Zeit nicht vorgekommen sind, mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung aufgehoben.

Hamm (Westf.), den 14. Januar 1921.

Der Landrat:

J. V.: v. Campe, Regierungs-Assessor.

Bekanntmachung.

Gemäß Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten ist die Freizügigkeit der Brotmarken des Stadtkreises Dortmund für die laufende Versorgungsperiode vom 19. Dezember 1920 bis 12. März 1921 aufgehoben. Die Freizügigkeit der U- und SS-Marken bleibt jedoch bestehen. 323

Brotmarken außer U- und SS-Marken des Stadtkreises Dortmund dürfen daher im Landkreise Hamm nicht eingelöst werden.

Hamm (Westf.), den 15. Januar 1921.

Der Kreisausschuß des Landkreises Hamm.

Der Vorsitzende: Schulze-Pelkum.

Eine gute p315

Ziege,

zum 2. Male melk werdend zu verkaufen.

Bergkamen, Töddinghauserstraße 45.

Anzeigen aller Art inseriert man erfolgreich in der Kamener Zeitung.